

Offener Brief für eine sichere Rente

Bündnis gegen Altersarmut in Baden-Württemberg wendet sich an die Abgeordnete Katja Mast

VON RAMONA DEEG

PFORZHEIM/ENZKREIS. Die Beweggründe mögen im Einzelnen variieren, doch das große Ziel haben mehr als 30 Bündnispartner klar vor Augen: „Stopp Altersarmut“ heißt ein Zusammenschluss von zahlreichen Organisationen in Baden-Württemberg, die nun einen offenen Brief an die SPD-Bundestagsabgeordnete Katja Mast übergeben haben. Die Politikerin des Wahlkreises Pforzheim/Enzkreis vertritt die Sozialdemokraten in der von Hubertus Heil (SPD; Bundesminister für Arbeit und Soziales) initiierten Rentenkommission. Bis März 2020 soll das zehn Mitglieder zählende Gremium, dem neben Vertretern der Regierungsparteien auch Wissenschaftler und Gewerkschaftsvertreter angehören, sich mit den drei Säulen – gesetzlich, betrieblich und privat – der Rentenversicherung ab 2025 auseinandersetzen.

Das Bündnis gegen Altersarmut in Baden-Württemberg, dem Sozialverbände und Gewerkschaften sowie unter anderem die Landfrauen und kirchliche Bewegungen angehören, hat in seinem offenen Brief klar Stellung bezogen. Grundsätzlich geht es allen um ein „Leben in Würde“. Dafür müsse sich das Rentenniveau stabilisieren und auf mindestens 50 Prozent angehoben werden, lautet eine Forderung. Wobei die Bündnispartner bei der Übergabe des Briefs deutlich machten, dass es sich bei diesem Wert um eine Mindestforderung handle. Insbesondere Frauen seien durch unterbrochene Erwerbsbiografien und Teilzeitbeschäftigungen oft von Armut im Alter betroffen. „Die gesetzliche Rente soll wieder die Wahrung des Lebensstandards im Alter ermöglichen“, fordern die Unter-

zeichner in ihrem Schreiben. Zudem müsse die betriebliche Altersvorsorge auch für Beschäftigte in Klein- und Kleinstbetrieben zugänglich gemacht werden. Auch das sei ein Punkt, der insbesondere Frauen zugute komme, ist das Bündnis überzeugt. Auch zum Thema private Altersvorsorge hat das Bündnis eine klare Meinung: Sie habe versagt, weil sie unter anderem hohen Kapitalmarktrisiken ausgesetzt sei und viele Geringverdiener nicht genug Geld übrig hätten, um aus der eigenen Tasche für ihr Rentenalter vorzusorgen.

Katja Mast sieht den offenen Brief, den sie als einziges Mitglied der Rentenkommission aus Baden-Württemberg in Empfang nahm, als Rückendeckung für ihre

Positionen und die der SPD. „Die Durchschnittsrente bei Männern beträgt 1100 Euro und bei Frauen 600 Euro“, nannte sie Zahlen, an denen es zu arbeiten gelte. Die Sozialdemokratin machte auch deutlich, dass es in der Kommission sehr unterschiedliche Meinungen gebe. Aus der dortigen Arbeit berichtete sie, dass man zahlreiche Verbände angehört und in einem Generationendialog mit jungen und älteren Menschen ins Gespräch gekommen sei. Sie empfinde ihre Mitgliedschaft in dieser Arbeitsgruppe als große Aufgabe. Ihr sei es wichtig, sich gegen Kinder- und Altersarmut und für ein gutes Erwerbsleben starkzumachen. Dabei sei es ihr auch sehr wichtig, stets die Frauen im Blick zu haben.

Die Zahl der Klienten über 60 Jahre wächst

Auch wenn es sich bei ihrem Zuständigkeitsbereich nur um einen kleinen Ausschnitt handelt, seien die Eindrücke doch ein Indikator für steigende Armut im Alter, ist Isolde Renner-Rosentreter überzeugt: In den vergangenen Jahren habe auch in der Schuldnerberatung der Diakonie Enzkreis in Mühlacker die Anzahl der Beratungen von Menschen der Generation „60 plus“ zugenommen.

Zudem erzähle im Durchschnitt jede Woche einmal ein älterer Mensch im Rahmen der offenen Sprechstunde, dass er nicht genügend Geld habe, um eine anstehende Zuzahlung für Arzneimittel in der Apotheke zu leisten.

„In diesen Fällen bin ich froh, wenn ich im Einzelfall durch Spenden, die uns erreichen, helfen kann“, erklärt Renner-Rosentreter, „aber das ist nicht die Lösung des Problems.“

Die Diakonie-Chefin geht davon aus, dass sich solche Probleme bei den nächsten Rentner-Generationen verschärfen, schließlich sinke das Rentenniveau seit Jahren, während die Lebenshaltungskosten – allen voran die Mietpreise – immer weiter anstiegen. „Viele Senioren ziehen in kleinere Wohnungen, die allerdings überdurchschnittlich teuer sind“, weiß Renner-Rosentreter. Zudem sei die Rente ab 70 im Gespräch, was bedeute, dass Menschen, die etwa aus gesundheitlichen Gründen nicht so lange arbeiten könnten, bei ihrer Rente mit großen Abschlägen rechnen müssten. Das mache sich dann oftmals schon bei den notwendigsten Lebenshaltungskosten wie Miete und Essen bemerkbar. (ram)



Renner-Rosentreter.



Vertreter zahlreicher Organisationen setzen sich für eine sichere Rente ein und übergeben einen offenen Brief an die SPD-Bundestagsabgeordnete Katja Mast (4. v. li.). Foto: Deeg